

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr. Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleile: Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.

Unser Verband in der 42. Kriegswoch.

Von 416 Vertretungsstellen sind Berichte für die Zeit vom 16. bis 22. Mai eingegangen, während 24 Orte damit im Rückstand blieben. Die Zahl der nicht berichtenden Orte, von denen die über- groÙe Mehrheit schon viele Wochen keine Berichte eingekandt, hat sich um einige vermehrt, statt vermindert.

Table with 11 columns: Bezirk, Mitglieder, Militärglieder, davon zum Militär, davon Militärglieder am Schluß der Woche, davon arbeitslos, In Prozent, Ausgaben für Arbeitslosunterstützung. Rows 1-11 and summary.

Zus. 416 | 289111 | 3965 | 2410 | 285146 | 4020 | 1,4 | 12925

Die Mitgliederzahl der berichtenden Orte betrug zu Anfang der Berichtswoch 287107. Durch Neuaufnahmen, Zureise, Uebertritt und zum Teil auch durch Wiederanmeldung vom Militär Entlassener sind im Laufe der Berichtswoch 1914 hinzugetommen. Unserer Aufstellung liegen somit 289111 Mitglieder zugrunde.

Die Zahl der zum Heeresdienst Einberufenen beträgt für die Berichtswoch 2410. In sieben Bezirken ist die Einziehung zum Militär geringer gewesen als in der Vorwoche. Dagegen ist in vier Bezirken eine Zunahme von 237 zu verzeichnen, so daß der Rückgang der zum Militär Einberufenen 156 weniger beträgt als in der Vorwoche.

Die Arbeitslosigkeit weist wieder eine kleine Verringerung auf. Die Zahl der Arbeitslosen dieser Woche beträgt 4020, wogegen in der Vorwoche 4234 Arbeitslose vorhanden waren. Wenn der Rückgang der Arbeitslosen auch nur gering ist, hat doch bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtmitgliederzahl das Prozentverhältnis sich um 0,1 Prozent vermindert.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table with 10 columns: Berichtswoch, Vermittlungstellen haben, Zahl der zum Militär einberufenen Mitglieder, Militärglieder am Schluß der Berichtswoch, davon arbeitslos, In Prozent, Ausgaben für Arbeitslosunterstützung. Rows 1. August 1914 to 42. 16. 5. 22. 5. 15.

Der Kriegshilfsfonds des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Bald nach Kriegsausbruch mußte eine Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Verbandsmitglieder ins Auge gefaßt werden. Der Vorstand unseres Verbandes war vor die Frage gestellt, eine Gewährung von Unterstützungen aus Mitteln des Verbandes einzuführen oder eine Hilfsfähigkeit auf Grund freiwilliger Beiträge der Mitglieder ins Werk zu setzen.

statutarischen Leistungen durchgeführt werden können. Ferner wurde mit Recht angenommen, daß die zurückgebliebenen, in Arbeit befindlichen Kollegen die Pflicht haben, durch außerordentliche Opfer für die Familien derer zu sorgen, die für sie Blut und Leben lassen.

Trotz dieser hindernden Umstände sammelten sich in dem Kriegshilfsfonds des Verbandes ganz beträchtliche Summen. Nach der darüber vorliegenden Abrechnung vom 1. August 1914 bis 31. März 1915 betragen die örtlichen Einnahmen für den Kriegshilfsfonds 1309509,37 M., denen 1104090,50 M. Ausgaben für Unterstützungen gegenüberstehen.

Table with 4 columns: Bezirk, Örtliche Einnahmen, Ausgaben für Unterstützungen, aus dem Haupthilfsfonds. Rows 1. Bezirk to 11. and Zusammen.

Vergleiche über die Leistungen der einzelnen Bezirke sind nicht ohne weiteres zulässig, da für die Anbringung der Mittel und für die Ausgaben verschiedene Umstände in Rechnung zu stellen sind. Vor allem ist die Größe der Mitgliedschaft der Bezirke und die Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder der Bezirke von Einfluß auf die Sammlungen und auf den Erlös aus Beitragsmarken.

Vom proletarischen Belgien von gestern.

Die übergroÙe Mehrheit der belgischen Arbeiterschaft war sehr schlecht bezahlt. Die Klasse Not trieb aus den flämischen Provinzen tagaus tagein an die 60000 Menschen in die Fabriken und Kohlenbergwerke der Wallonie und Nordfrankreichs. Das bedeutete für diese Leute, Franzmänner geheiÙen, morgens und — nach einer zehn- und mehrstündigen Fron — abends eine Bahnfahrt von zwei, drei

und vier Stunden. In welchem Zustand von Ueberarbeitung und Ausmagerung die Franzmänner bald fielen, welches Bild von Schmutz und Jammer morgens und abends die Arbeiterzüge darboten, ist schwer zu beschreiben. Der Lohn, den sie mit in das jeder einigermaßen annehmbaren Verdienstilgelegenheit bare Dorf brachten, ließ sie ihr Elend weniger fühlen.

Daß die große Masse der belgischen Arbeiter überaus schlecht entlohnt war, wurde schon gesagt. Möge es genügen, dies durch einige Beispiele zu erhärten. Für die große Mehrheit der Staatsbahnangestellten betrug der Durchschnittslohn bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit 2,05 bis 2,43 M. den Tag. Nach 20 oder 25 Dienstjahren kam der Lokomotivheizer auf nicht ganz 100 M., der Führer auf 130 M. den Monat.

Der Hunger treibt den Wolf aus dem Wald; der schlechte Verdienst des Familienvaters treibt Frau und Kinder in die industrielle Tretmühle. Von Geseh wegen wurde der Kinderausbeutung in Belgien ein nennenswertes Hindernis nicht bereitet. Die liberale Regierung konnte nun zwar die Zerrüttung des Familienlebens und der Volksgesundheit durch die Frauen- und Kinderarbeit nicht bestreiten, aber als ein noch größeres Uebel betrachtete sie das Aufgeben ihres Grundgesetzes, die — Freiheit des Familienvaters zu wahren; diesem müsse es freistehen, seine Angehörigen arbeiten zu lassen oder nicht.

Durch das Geseh vom Jahre 1906 wurde das Mindestalter der fabrikarbeitenden Kinder auf 12 Jahre festgesetzt. Unnötig zu sagen, daß dieser Kinderschutz, auch wenn er streng durchgeführt worden wäre, ganz unzureichend war. In den Bergwerken waren die letzten Jahre noch 7550 Kinder von 12 bis 14 Jahren beschäftigt, davon 2277 unter 7 Jahren. Von den im Bergbau tätigen Frauen — für die nur Uebertagsarbeit gestattet ist — sind 40 Hundertteile unter 16 Jahre alt.

Für die Beurteilung der Kulturhöhe eines Landes sind verschiedene Maßstäbe in Brauch; als den besten kann man wohl die Sozialgesetzgebung bezeichnen. Diesen Maßstab auf Belgien angewandt, ergibt ein wenig erfreuliches Ergebnis. Dem Druck der Arbeiterpartei nachgebend, wurden vor einigen Jahrzehnten von der liberalen Regierung Anläufe zur Sozialgesetzgebung gemacht.

Das Jahr 1905 brachte ein Unfallgeseh. Es versprach dem bei der Berufstätigkeit verletzten Arbeiter eine Entschädigung bis zur Hälfte des Lohnes. Dem Unternehmer wurde die Freiheit gelassen, seine Leute gegen Unfall zu versichern, wo es ihm beliebte. So tat er es bei Privatgesellschaften. Diese betrieben die Rentenversicherung grundsätzlich und berufsmäßig. So konnte es kommen, daß der verletzte Arbeiter nie sicher war, wieviel Entschädigung er erwarten durfte, gewiß war ihm nur, daß er sich sehr wahrscheinlich wegen der Entschädigung erst vor Gericht herumzuschlagen hatte.

Eine Altersversorgung wurde 1905 geschaffen. Ein schönes Wort, womit sich prächtig Klame für eine liberale Regierung machen läßt. Bei scharferem Hinsehen entdeckt man, daß die Sache, die das schöne Wort bezeugt, recht winzig ist. Das sogenannte Altersversorgungsgeseh bewilligte bedürftigen, in Belgien wohnhaften Arbeitern, die bis zum 1. Januar 1901 65 Jahre alt geworden waren, aus staatlichen Mitteln eine Unterstützung von 65 Francs (gleich 59 M.) — im Jahre. Wer sich von den anderen jüngeren Arbeitern eine Altersunterstützung sichern wollte, der mußte sich einer Versicherungskasse (Caisse de retraite) anschließen, dann erhielt er einen jährlichen staatlichen Zuschuß von 60 Centimes für jeden bei einer solchen Kasse eingezahlten Franken, aber nicht für mehr als 15 Franken im Jahre.

Dem freiwillig Vorvorgenden die volle Hand wurde damals als leitender Gedanke der Altersversorgung verknüpft. Das läuft aber in der Wirklichkeit auf die Ausschließung aller derer hinaus, die am allerbedürftigsten sind, auf die Ausschließung der von der

Sand in den Mund lebenden Proletariats, deren Lohn auch in ihren besten Zeiten nicht zur Befriedigung der bescheidensten Bedürfnisse reichte. Unter dem Vorwand, allen Bedürftigen etwas geben zu wollen, gab die Regierung tatsächlich nur den Kleinbürgerlichen und gutgestellten Arbeiterfamilien, deren Zuneigung sie sich erkaufen oder gewinnen mochte, einen lärglichen Zuschuß aus Staatsmitteln und nannte diesen Altersversorgung. Von der fast zwei Millionen Köpfe zählenden, in Industrie und Handel tätigen Menge ist nicht einmal ein Viertel, zum Teil Kleinbürger und kleine Sparrer, einer Versicherungsbranche beigetreten. Für die große Mehrheit der eigentlichen Arbeiterschaft hatte das Gesetz keinerlei Vorteil.

Auch eine Fabrikinspektion bestand seit vielen Jahren. Die bitteren Klagen der Arbeiter, daß sie ihnen keinen Schutz gewährte, wollten nicht abnehmen. Kein Wunder. Selbst wenn sie wirklich als erster Schutz für die Arbeiter gedacht gewesen sein sollte, dann hätte sie wegen ihrer zahlenmäßigen Ungenügsamkeit ihre Aufgabe nicht erfüllen können. Was wollten 22, später 30 Inspektoren bedeuten für ein industrielles Land von dieser Größe mit über 10 000 Unternehmungen?

**Geistiges Elend.**

Die wirtschaftliche Lage der übergroßen Masse des belgischen Proletariats war schlimm, aber noch schlimmer war ihr geistiges Elend. Man ist gewöhnt, die geistige Rückständigkeit an der Zahl der Analphabeten zu messen. Obwohl die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen eines Landes nur ein rohes, unvollkommenes Bild von seinem Bildungsgrad gibt, sei sie hier betrachtet. Von den männlichen über 21 Jahre alten Einwohnern Belgiens konnten 25 vom Hundert weder lesen noch schreiben, von den weiblichen 23 vom Hundert. Das war der allgemeine Durchschnitt. Er erklärt noch eine mitunter beträchtliche Steigerung, wenn bäuerliche oder industrielle Kreise gesondert betrachtet werden. In den (bäuerlichen) Provinzen Flanderns wurde die Zahl der Analphabeten auf 40 vom Hundert, in der Allgemeinheit der Arbeiterschaft auf 35 vom Hundert geschätzt. In einer Vorstadt Brüssels, in Anderlecht, hatten von den 10 671 Kindern zwischen 6 und 12 Jahren 3200 gar keine oder fast keine Schule besucht. In der Hauptstadt selbst konnten von den 14 569 Personen, die sich im Jahre 1907 verheirateten, 1023 weder einen Buchstaben lesen noch schreiben. Unter 1000 belgischen Merkuren befanden sich 101 Analphabeten (in England 37, Frankreich 47, Italien 329, Rußland 617, Deutschland 0,5).

Ein trostloser Stand der Dinge, der eigentlich nicht wundernehmen kann. Wer hätte bei den Proletariatskindern die Liebe zur Schule, das Streben nach Bildung, das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines geistigen Aufstieges wecken sollen? Der Staat, die Regierung? Diese war kirchlich; sie trat mit allen Kräften für die Freiheit ein, ganz richtig, für die Freiheit des Familienvaters über seine Kinder; sie wollte für ihn das Recht gewahrt wissen, seine Kinder in dieser oder jener Schule oder gar nicht unterrichten zu lassen. Die kirchliche Regierung wußte natürlich sehr wohl, daß durch diese Freiheit leere Schulbänke, geistige Rückständigkeit und dadurch die Erhaltung ihrer Herrschaft verbürgt wurden. Auch von den Eltern konnte in vielen Fällen nichts für die Bildung erwartet werden. Gar oft waren sie ja selbst Analphabeten, hatten eine Schule nicht besucht, kein Verständnis für die Forderungen der Gegenwart, etwaige geistige Regungen waren im Kampfe ums liebe Brot untergegangen. Da ihre Eltern nicht gezwungen gewesen waren, ihre Kinder in die Schule zu schicken, warum sollten sie es jetzt freiwillig tun und auf den Verdienst der Kinder verzichten?

Wie gesagt, geben die Zahlen von den Analphabeten nur ein unvollkommenes Bild von dem Bildungsgrad eines Volkes. Neben der Masse der des Lesens und Schreibens Unkundigen steht noch eine zahlreiche Klasse, deren Bildung nur in wenig, mehr als in dem Gebrauch der Buchstaben besteht. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens ist eine der großen Bildungsvoraussetzungen, nicht die Bildung selbst.

Welche Schwierigkeiten eine Bewegung wie die sozialistische, die sich an den Verstand der unteren Volksschichten wenden muß, zu überwinden hat, läßt sich leicht denken. Nach japanischer Auffassung ist im Magen die Seele des Menschen. Dieser Ansicht scheint man auch in Belgien gewesen zu sein. Die belgische Arbeiterpartei verfuhr die unangeschulte, gleichgültige Masse zu gewinnen mit dem geschriebenen und gesprochenen Wort, wo dieses versagte, mit Druckbogen. Da der Erfolg, wie leicht begreiflich, viel zu wünschen übrig ließ, versiel man auf ein anderes Mittel: man ließ auf die schwer aufzunehmende Masse zweifelhafte, aus Weizenmehl verfertigte Bomben fallen, die Proze der sozialistischen Genossenschaft. Damit konnten nun zwar die Gleichgültigen nicht angezogen, wohl aber in die Genossenschaften gezogen, und damit an die Partei gefesselt werden. Welchen Erfolg dieses Werbemittel brachte, zeigte der wichtige Aufschwung der sozialistischen Genossenschaften und damit der Arbeiterpartei. Der Bedarf an den Wagen erwies sich als erfolgreicher als der an den Verstand. Für Abertausende stellte der rote Brotbogen die erste Verbindung mit der Partei her. Einmal mit dieser verbunden, war die Möglichkeit geschaffen, die Seele für die Zielsetzung der Partei zu gewinnen, sie durch Unterricht, Fortbildung, Unterhaltungen zu bilden, kurz die Folgen der Rückständigkeit, der planmäßig geforderten geistigen Rückständigkeit des arbeitenden Volkes durch die herrschende Macht allmählich zu beseitigen. Und wenn in das düstere Dasein des belgischen Proletariats Hoffnungsstrahlen zu fallen begannen, wenn die unteren Volksschichten sich geistig zu regen anfingen, Bücher ins Haus brachten und die Schopenhauer durchs Fenster warfen, so ist das in erster Linie der sozialistischen Bewegung zu verdanken.

Sankt Marx' treffliches Wort hätte bis auf unsere Tage Geltung. Jetzt ist die Hölle für den Proletarier, das Paradies für den Kapitalisten mit Krieg überzogen. Wenn in diesem jenseitigen Strudel des proletarischen Belgien von gestern vollständig und für immer unterginge und ein neues, besseres, liefters an seine Stelle trat, das belgische Proletariat hätte es wahrlich verdient.

Freiz. Nummer.

In der Hütten- und Metallindustrie waren beschäftigt: im Jahre 1913 58479 Arbeiter  
1913 58786  
1914 52893

Der Rückgang gegen 1913 beträgt demnach 5903, was nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als ungünstig bezeichnet werden kann, zumal da die Werte immer noch bemüht sind, mehr Arbeitskräfte zu bekommen und einzustellen.

Wie nachfolgende Zahlen ergeben, verteilt sich die Zahl der Arbeitskräfte auf folgende Betriebsarten. Es waren Personen beschäftigt in den letzten zwei Jahren in der Abteilung:

Abteilung	Jahr	männliche		weibliche	zusammen
		über 16 Jahre	unter 16 Jahren		
Hochofenbetrieb	1913	4475	251	787	5483
	1914	4028	246	897	5106
	*	-452	-5	+80	-377
Eisen- u. Stahlgießereien	1913	3196	395	32	3623
	1914	2596	366	28	2990
	*	-600	-29	-4	-633
Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetr.	1913	17871	1194	681	19646
	1914	16198	1069	614	17871
	*	-1673	-135	+33	-1775
Verfeinerungsbetriebe	1913	14446	1839	769	16992
	1914	12974	1646	702	15322
	*	-1472	-37	-61	-1570
Ständeröfen	1913	2402	101	372	2875
	1914	2056	121	367	2544
	*	-346	+20	-15	-341
Rohzinkhütten	1913	6872	344	1276	8492
	1914	6907	297	1204	7408
	*	+35	-47	-72	-104
Zinnblechwalzwerke	1913	678	55	15	748
	1914	811	57	18	886
	*	+67	+2	+3	+72
Blei- und Silberhütten	1913	710	36	31	777
	1914	639	43	34	716
	*	-71	+7	+3	-61

\* 1914: + mehr, - weniger.

Danach ist die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1914 gegen 1913 um 0,99 Prozent zurückgegangen, die jugendlichen und weiblichen Personen haben daran Teil mit 0,04 Prozent. Die Werte haben aber auch alles darangesetzt, die Leistungen der Arbeitskraft zu steigern. In vielen Betrieben ist man dazu übergegangen, die Zahl der Arbeiter bei der Bedienung von Ofen, Maschinen und Motoren zu verringern. So wurden in der Königsgrube im Rheinwald die Rammstempel bei den Schmelzöfen von 7 auf 4 verringert. Aus dem Bericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins geht nur zu deutlich hervor, daß der Rückgang der Arbeiterzahl auf den ganzen maschinellen Betrieb nur von wenig oder gar keinem Einfluß war. In der Abteilung Hochofenbetrieb waren wie 1913 8 Kalkhochofenwerke im Betrieb. Von den 36 vorhandenen Kalkhochöfen waren 1914 30 gegen 29 im Vorjahr im Betrieb, an Dampfmaschinen 118 mit 17 322 Pferdestärken gegen 97 mit 17 112 Pferdestärken im Vorjahr. An Gasmotoren waren 29 mit 28 400 Pferdestärken vorhanden gegen 32 mit 16 707 Pferdestärken im Jahre 1913. Außerdem 97 elektrische Motoren mit 1988 Pferdestärken gegen 125 mit 2374 Pferdestärken 1913.

Ähnlich wie im Hochofenbetrieb liegen die Verhältnisse in der Abteilung für Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetrieb. Es ist den Unternehmern glänzend gelungen, die Arbeitskraft aufs äußerste anzuspannen. Neben mir uns zu den Verdiensten der ober-schlesischen Metallarbeiter. Hier sehen wir die Mehrzahl dessen, was für die Unternehmung gilt. Es ist gesagt worden, daß mit Eintreten der Krise allgemeine Lohnminderungen vorgenommen wurden, was mit Beginn des Krieges nicht nachließ, sondern noch stärker benutzt wurde, vielfach mit dem Hinweis, daß die Zurückgebliebenen noch sein sollen, Beschäftigung und Brot zu haben. Der Erfolg davon spiegelt sich am besten in den nachfolgenden Zahlen wieder. Der Jahresdurchschnittslohn betrug für den Arbeiter in der Abteilung:

Abteilung	Jahr	männliche Arbeiter		weibliche	zusammen
		über 16 Jahre	unter 16 Jahren		
Hochofenbetrieb	1913	1286,01	377,83	397,29	1661,13
	1914	1123,19	405,41	399,66	1528,26
	*	-162,82	+27,78	+2,37	-132,67
Eisen- und Stahlgießereien	1913	1108,42	361,93	323,59	1493,94
	1914	1115,81	334,36	338,64	1488,81
	*	+7,39	-27,57	+15,05	+1,87
Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetr.	1913	1202,60	417,90	384,90	1605,40
	1914	1122,30	442,70	396,80	1561,80
	*	-80,30	+24,80	+11,90	-63,60
Verfeinerungsbetriebe	1913	1145,88	361,80	429,57	1537,25
	1914	1125,99	410,90	430,65	1567,54
	*	-19,89	+49,10	+1,08	+30,29
Ständeröfen	1913	1293,46	377,14	405,04	1675,64
	1914	1313,14	350,61	405,45	1669,20
	*	+19,68	-26,53	+0,41	-16,52
Rohzinkhütten	1913	1277,38	336,91	431,81	1646,10
	1914	1243,55	337,23	390,61	1571,39
	*	-33,83	+0,32	-41,20	-74,71
Zinnblechwalzwerke	1913	1190,43	537,96	329,78	1658,17
	1914	1052,93	455,88	446,61	1555,22
	*	-137,50	-82,08	+116,83	-102,75
Blei- und Silberhütten	1913	1054,22	346,84	442,58	1443,64
	1914	1062,59	332,58	476,55	1471,72
	*	+8,37	-14,26	+33,97	+27,08

\* 1914: + mehr, - weniger.

Was diese Zahlen für den Jahresdurchschnittslohn der erwerbsfähigen Arbeiter über 16 Jahre in der Abteilung Hochofenbetrieb zu 6,8, Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetriebe zu 6,7, Verfeinerungsbetriebe zu 1,7, Rohzinkhütten zu 2,3 und in den Zinnblechwalzwerken zu 6,0 Prozent gegen das Jahr 1913 beweisen. Wenn man berücksichtigt, daß bis zum Abschluß dieser Zahlen 5 Kriegsmo-nate ins Land gegangen und die Lebensmittelpreise bis dahin um 30 Prozent gestiegen sind, so trifft dieses Ergebnis von Durchschnittslohnen gerade die erwerbsfähigen Arbeiter, deren größte Zahl Familienväter sind, sehr hart. Die Erziehung der 22- bis 24-jährigen männlichen Personen in den einzelnen Abteilungen wird weniger auf die Erhaltung der Schichtelöhne dieser Arbeiter zurückzuführen sein. Mit Beginn des Krieges waren die Werte verteilt, recht viel weibliche

und jugendliche Arbeitskräfte einzustellen. Der Umstand nun, daß den Werken gestattet wurde, diese Arbeitskräfte in Ueberstunden Sonntags- und Nachtarbeit zu beschäftigen, erklärt die Steigerung des Jahresdurchschnittslohns in einigen Abteilungen von selbst.

Wir wissen, daß es im Geschäftsjahr 1913 in Ober-schlesien Werke gegeben hat, die 20 Prozent Dividenden verteilten. Und auch für 1914 ist in den Berichten zu lesen, daß die Bismarckhütte mit 12 Prozent Dividende für 1914 den Reigen beginnt. Der Geldwert der Erzeugnisse der ober-schlesischen Metallindustrie betrug im Jahre 1913 455 608 806 M gleich 7927,30 M auf einen Arbeiter. Im Jahre 1914 betrug er 382 702 265 M gleich 7243,80 M auf den Arbeiter. Der Rückgang der Ausbeutezahl auf einen Arbeiter ist weniger auf den schlechten Geschäftsgang der Industrie zurückzuführen. Die ober-schlesische Metallindustrie war vor dem Kriege für den jetzt herausgestellten Preisbedarf sehr wenig eingerichtet und mußte maschinelle Einrichtungen treffen. Die hierzu verwendeten Arbeitskräfte sind in Verlusten bei jeder einzelnen Firma ausgegangen. Das Ergebnis dieser Neueinrichtungen wird aber für die Unternehmer im nächsten Rechnungsjahr nicht ausbleiben.

Der Geschäftsbericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins bleibt aber ein nie zu vergeßener Denkmahl für die ober-schlesischen Hütten- und Metallarbeiter. Alle sozialen Körperschaften, auch die Militärverwaltung, waren bestrbt, die wirtschaftlichen Gegensätze zu mildern und den Arbeitern einen Lohn zu zahlen, der der ersten Zeit einigermaßen entsprach. In Ober-schlesien ging es leider umgekehrt. Der Jahresdurchschnittslohn ist unter Zugrundelegung der gezahlten Jahreslohnschuppen (1913 63 716 994 M und 1914 54 890 184 M) für alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von 1084,60 auf 1039,30 M gesunken. Danach kann jedermann leicht die Frage beantworten, ob das ober-schlesische Unternehmertum in dieser ersten Zeit gegen seine Arbeiter die waterländische Pflicht erfüllt hat.

**Die Hölle der Arbeiter.**

Unter dieser Ueberschrift bringt der Vorwärts in seiner Nummer 145 vom 28. Mai 1915 folgende Zuschrift aus New York: Man redet hier in Amerika viel davon, daß nach dem Kriege die Europäer in Scharen nach den Vereinigten Staaten auswandern werden. Ob das eintreffen wird oder nicht, jedenfalls ist es am Platze, diejenigen Genossen in Europa, die Auswanderungsgelüste haben, schon jetzt vor diesem „Eldorado“ zu warnen. Man hat schon früher oft gegen die Auswanderung gewarnt, aber immer hat es noch Leute gegeben, die sich sagten: „Ach was, die da drüben schildern die Verhältnisse so grau, um sich die Konkurrenz vom Leibe zu halten und sich den Arbeitsmarkt nicht verderben zu lassen.“ Aber in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß an diesem Arbeitsmarkt nichts mehr verborgen werden kann.

Was den europäischen Arbeiter angeht, sind die hohen Löhne, die in gewissen Berufen in Amerika bezahlt werden. Gewiß sind die Löhne, die in gewissen gelehrten Berufen bezahlt werden, hoch, ob sie aber, gemessen an der verausgabten Arbeitskraft, der Arbeits Gelegenheit und der Höhe der Kosten des Lebensunterhaltes hoch zu nennen sind, ist eine andere Frage. Viele Arbeiter in Amerika, die die doppelten und dreifachen Stundenlöhne ihrer Kollegen in Europa verdienen, sind froh, wenn sie sechs Monate im Jahre arbeiten können. Und wenn sie arbeiten, so ist dies eine furchtbare Sehnsucht, denn in keinem anderen Lande ist das Ausbeutungssystem in so teuflischer Weise ausgebildet worden. Jeder Handgriff ist berechnet, keine Sekunde darf der Arbeiter rasten. Wer da nicht eiserne Muskeln und stählerne Nerven mitbringt, um den ist es bald geschehen. Vor einiger Zeit kam zum Beispiel ein tüchtiger Genosse aus Europa hier an. Er war ein wahrer Künstler in seinem Fach, der gewohnt war, stets nur das Beste zu geben, was in ihm war. Nach langem Suchen fand er Arbeit in einem Betriebe, in dem das raffinierteste Ausbeutungssystem herrschte. Nachdem er einige Zeit, beständig übermüdet und angetrieben und den größten Schweiß produzierend, gearbeitet hatte, brach er zusammen. Jetzt ist er in einer Nervenklinik.

Die maßlose Hast, mit der gearbeitet wird, produziert natürlich Schund. Das kann man an allen Artikeln bemerken. Auch beim Lesen der amerikanischen Zeitungen fällt einem das gleich auf. Sie sind mit einer Nachlässigkeit versehen und korrigiert, deren sich der Profanwörter Anzeiger schämen würde. In den vornehmsten Blättern New Yorks findet man täglich in jeder Spalte buchstäblich Dutzende von Druckfehlern, die einem das Lesen schließlich verleidet. Der Amerikaner läßt sich den Schund ruhig gefallen; er ist daran gewöhnt. Amerikanische Kapitalisten klagen beständig darüber, daß sie mit den Europäern nicht konkurrieren können. Wenn man sich die elenden Massenartikel anschaut, die hier auf den Markt geworfen werden, kann man es verstehen, weshalb zum Beispiel die Südamerikaner lieber deutsche oder englische Erzeugnisse kaufen.

Nebrigens werden die hohen Stück- und Stundenlöhne nur von der Aristokratie der Arbeiterschaft verdient. Die minder qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter verdienen kaum genug zum Leben. Ihr Wochenlohn mag zwischen 10 und 12 Dollar betragen, und 9 oder 10 Dollar ist etwa die Summe, die ein lediger Arbeiter oder eine ledige Arbeiterin haben muß, um eine Woche dahinvegetieren zu können. Der Lebensunterhalt ist furchtbar teuer. Für ein Brot, das 12 Unzen oder etwa 1/2 Pfund wiegt, zahlt man 5 Cents (20 S.). Dasselbe Brot, das aus demselben amerikanischen Korn hergestellt ist, kostet heute in England, wo man sich über die hohen Brotpreise bitter beklagt, nicht mehr als 12 S. Ein Liter Milch kostet 35 S. Frische Butter kostet 1,60 M für 450 Gramm. Das Fleisch ist heute bedeutend teurer als in Europa. Für eine anständige Arbeiterwohnung zahlt man in der Umgegend New Yorks 16 Dollar den Monat (67 M.). Vielfach sind es Holzhäuser, in denen man wohnen muß. In der nächsten Nähe von New York gibt es noch viele Häuser, die Garzentrost ohne Wasserfüllung haben. Dazu kommt die Fahrt nach dem Arbeitsplatz, die täglich mindestens 10 Cents (40 S.) verfrachtet. Läßt sich der Arbeiter beim Schneider einen einigermaßen anständigen Anzug machen, so muß er mindestens 20 Dollar (84 M.) anlegen. Hat er dann noch von seinem hohen Lohne etwas übrig und will er sich einmal eine Zigarre leisten, so muß er für das minderwertigste Raub 20 S. anlegen. Er ist den Leuten für alles, was er kauft, tributpflichtig. Selbst wenn er sich begraben lassen will, kommt er an dem Sargträger nicht vorbei.

Dabei bestehen nur Steuern von einer Sozialgesetzgebung. Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung gibt es überhaupt nicht. In State New York hat man jetzt seit kurzem ein Arbeiter-unfallversicherungsgesetz. Das ist aber auch alles. Und es besteht auch keine Aussicht, daß in nächster Zeit etwas zur Hebung der Arbeiterklasse getan wird. Das Haupthindernis ist die berühmte freiwirtschaftliche Verfassung, ein raffiniert ausgebildetes Nachwerk, das keine eine andere Konstitution in der Welt die Interessen der Arbeitenden wahrnimmt und den Aufstieg des Volkes verhindert. Selbst wenn es einmal gelingt, ein vollständiges Gesetz durch das Repräsentantenhaus und den Senat zu beschließen, können die hohen Richter das Gesetz jederzeit noch als verfassungswidrig erklären, und damit fällt die ganze Arbeit zu Boden. Der Schwindel ist nur dadurch aufrecht zu erhalten, daß man dem Volke von freier Jugend an einpaukt, daß die Verfassung der Union die vollkommenste sei, die das menschliche Hirn je ausgedacht habe. Und die Mehrheit der

**Aus der ober-schlesischen Hütten- und Metallindustrie.**

Mit Beginn des Jahres 1914 wachte sich auch in der ober-schlesischen Hütten- und Metallindustrie die Krise bemerkbar. Zahlreiche Werke, die nach Ende 1913 gut beschäftigt waren, legten ihren Betrieb ein. Besonders wurden die Werke in der Gegend von Bismarckhütte geschlossen. Mit diesem Rückgang folgten auch die Lohnminderungen für die Arbeiter. Bekanntlich ist der Jahreslohn der ober-schlesischen Hütten- und Metallarbeiter im Jahre 1913 um 12 Prozent gegen das Jahr 1912 gestiegen. Mit Beginn des Jahres 1914 sank er wieder um 12 Prozent. Die Lohnminderungen wurden durch den Rückgang der Erzeugung von Hüttenprodukten verursacht. Das war jedoch nur vorübergehend, denn auch die ober-schlesische Metallindustrie wurde nach und nach mit Kriegsaufträgen beauftragt, so daß sich bald ein Aufschwung einstellen konnte. Bis zum 1. April 1915 waren 10 000 Arbeiter aus dem Ausland in die ober-schlesische Metallindustrie herbeigeholt worden. Die ober-schlesische Metallindustrie war wohl am glücklichsten davon, die Löhne der eingezogenen Fremdarbeiter auszuführen.

Amerikaner glaubt das wirklich trotz der üblen Erfahrungen, die man mit dem göttlich inspirierten Instrument gemacht hat.

Wer die amerikanischen Zustände mit freischem Blick anschaut, der wird in dem Lande alles andere als ein Arbeiterparadies erkennen.

Die christlichen Gewerkschaften über die Lebensmittelsteuerung.

Gang im Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten wenden sich die Blätter der christlichen Gewerkschaften zurzeit mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Verbände der Landwirte, denen vorgehalten wird, daß sie in der Frage der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung...

Das Zentralblatt war aber verärgert; den christlichen Arbeitern war ja viele Jahre hindurch ein übers andere mal gesagt worden, sie möchten die der Hölle wegen gestiegenen Preise nur ruhig auf sich nehmen...

Trotz allem Kerger brachte das Zentralblatt dabei zum Ausdruck, daß es gegen eine Preissteigerung von 20 bis 30 Prozent „bestimmt nichts gesagt“ haben würde.

Nun aber teilt das christliche Zentralblatt in Nummer 11 vom 25. Mai mit, daß es wegen seiner Stellungnahme in der Frage der Lebensmittelversorgung auch vom Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins...

Wir haben schon seit längerer Zeit, insbesondere gelegentlich der Lebensmittelsteuerung der letzten Jahre, den Standpunkt vertreten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht imstande sei, das deutsche Volk gleichzeitig mit Körnerfrüchten und mit Fleisch ausreichend zu versorgen.

Es heißt zwar im Zentralblatt, Deutschland betreibe in der Hauptsache aus dem Grunde seit 35 Jahren landwirtschaftliche Schutzpolitik, um die Leistungsfähigkeit der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugung zu steigern.

Ob das Zentralblatt die entsprechende Lehre aus den Vorgängen nimmt, wissen wir nicht, es schreibt indes selbst, mit volkswirtschaftlichen Gründen allein habe die deutsche landwirtschaftliche Schutzpolitik nicht für alle Zeiten ausreichend verteidigt werden können.

Man zahlt doch nicht 35 Jahre lang durch Hölle verteuerte Lebensmittel mit Hinweis auf die Notwendigkeit geeigneter Vorkehrungen für den Kriegesfall, um dann im Kriege selbst erneute wesentliche gesteigerte Lebensmittelpreise als etwas Unvermeidliches und Selbstverständliches hinzunehmen!

Schließlich wird gesagt, es bleibe nach wie vor wahr, daß die starken landwirtschaftlichen Organisationen, besonders in Norddeutschland, bei der Mitwirkung an einer angemessenen Kriegs-Lebensmittelverforgungspolitik total versagt hätten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. Juni der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 19. Juni 1915 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Neuenhain von 5 z auf 10 z pro Woche.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kiste Nr. 16a“ zu adressieren.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. Mai 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgebühren.

- Aachen 1300. Alfeld 250. Altenburg 3000. Altwasser 400. Annaberg 150. Apolda 200. Aschaffenburg 400. Augsburg 2751.50. Bamberg-Eberfeld 3000. Bayreuth 1200. Bergedorf 1600. Bernburg 700. Bielefeld 10 000. Bismarck 150. Bochum 1000. Brandenburg 10 000. Braunschweig 10 000. Bremen 9000. Breslau 2000. Brunsbüttelhafen 250. Bunsau 200. Celle 100. Chemnitz 15 000. Cramm 1000. Darmstadt 1500. Delmenhorst 200. Dippoldiswalde 250. Döbeln 500. Duisburg 600. Düsseldorf 12 000. Eberstadt 300. Eisenburg 300. Einwarden-Nordensham 800. Eichenach 1500. Eisleben 50. Elmshorn 300. Embsen 1200. Erfurt 1800. Erlangen 500. Essen 10 046.30. Forst 500. Frankenberg 200. Freiberg i. S. 500. Freising 200. Friedrichshafen 600. Fürstenwalde 1600. Fürth 1000. Gesehacht 400. Gelsenkirchen 800. Gera 3500. Glauchau 400. Götting 1300. Göttingen 500. Grimma 250. Gröbisch 450. Großenhain 600. Gröna 300. Gröbenberg 100. Gumbinnen 33.19. Gummersbach 100. Güstrow 400. Hagen 3000. Hainichen 180. Halle 3000. Hanau 4000. Hammover 20 000. Heidenheim 500. Hennisdorf 500. Herford 200. Hildburghausen 200. Hildesheim 1200. Hirschberg 200. Höchst 1600. Hohenlimburg 340. Hohenstein 1000. Ingolstadt 800. Jferlohn 100. Jauer 150. Jena 4000. Kaiserlautern 600. Karlsruhe 3000. Kassel 2700. Kaufbeuren 100. Kellertbach 350. Kiel 15 000. Königsberg 3000. Konigsau 250. Köthen 1000. Kottbus 300. Kumbach 100. Künzlin 200. Langensalza 150. Lauf 100. Leisnig 200. Liegnitz 1300. Lippstadt 150. Lützen 120. Lübeck 3500. Ludwigslust 2500. Lüneburg 600. Magdeburg 10 000. Mainz 5000. Mannheim 14 000. Martranz 400. Meisen 3000. Memel 120. Meiningen 50. Meuselwitz 350. Mittweida 600. Mühlhausen i. Th. 200. Mühlhausen 35 000. Müstau 270. Neudorf 400. Neuenhain 600. Neustadt a. O. 300. Oberndorf 600. Offenbach 5000. Ogerstheim 400. Oßershausen 400. Opladen 400. Osterleben 200. Osterode 300. Ostau 80. Rengis 100. Rfungstadt 170. Rauen 3000. Rösen 300. Reuditz 200. Riesa 2000. Riesa 200. Regensburg 400. Reichenbach 1000. Reppen 80. Riesa 1500. Rostlau 600. Rößwein 400. Sangerhausen 800. Solingen 500. Sömmerda 300. Sorau 150. Spremberg 300. Sulz 1800. Schmalfeld 400. Schmiedeburg 600. Schmöln 350. Schmiedemühl 300. Sebnitz 400. Schweidnitz 500. Schwerin 400. Staßfurt 700. Stralsburg 4000. Stuttgart 7500. Torgau 600. Torgelow 1500. Trier 100. Urm 400. Uelzen 100. Velbert 1500. Weichau 150. Wilmberg 150. Wollershausen 600. Weimar 300. Weidau 2000. Wehlau 200. Wilhelmshaven 9000. Wismar 600. Wittberg 800. Wolfenbüttel 500. Wolgast 200. Würzburg 400. Würzen 1000. Zeitz 1200. Zittau 300. Zittau 1600. Zwickau 5100. Zwickauer 26.10.

Die Verwaltungsvorstände, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Berichte.

Reichstag.

Table with 5 columns: Berufe, Arbeitslos waren am 1. Mai 1915, Arbeitslos gehalten vom 1. bis 31. Mai 1915, In Arbeit vermittelt vom 1. bis 31. Mai 1915, Arbeitslos waren am 31. Mai 1915. Rows include: Gas- u. Wasser-Rohrleger, Geigungs-Monteur, Zusammen.

Rundschau.

Reichstag.

Nach einem Zwischenspiel erster Arbeit in den Ausschüssen trat der Reichstag am 28. Mai wieder zusammen. Seit seiner letzten Sitzung war die unseren Lesern wohlbekannte Spinghübertragung der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich gekommen.

Dem Kriegstaumel hat in Italien ein Teil der Sozialisten bis zum letzten Augenblick Widerstand geleistet. Es soll diesen Leuten, die sich dabei natürlich ausschließlich von dem Wohl ihres eigenen Volkes leiten ließen, gedankt bleiben.

Die Forderung der sogenannten Kriegsziele spitzte sich einigermaßen dramatisch zu. Als Ausgang diene ihr ein Wort aus der Reichstagsrede, wonach Deutschland bestrebt sein müsse, sich „alle möglichen realen Garantien und Sicherungen“ im künftigen Frieden zu verschaffen.

Schnabel recht weit aufgemacht haben, während der Presse die Erörterung des Gegenstandes von der Zensur nach wie vor unterlag ist. Vermeiden ließ sie sich auch deshalb nicht, weil die Sozialdemokratie das Bedürfnis empfand, den starken Friedenswunsch des deutschen Volkes und seiner Sehnsucht nach späterer friedlicher Verständigung mit anderen Nationen zum Ausdruck zu bringen. Das geschah nicht aus dem Gefühl der Schwäche, sondern aus dem der Stärke heraus. Das feierliche und warmherzige Bekenntnis zu der Politik vom 4. August, das heißt zum standhaften Durchhalten, das namens der ganz überwiegenden Mehrheit der Reichstagsfraktion der sozialdemokratische Redner Ebert ablegte, fand ein lebhaftes Echo auf allen Seiten des Hauses. Aber seine ebenfalls schon in der Erklärung vom 4. August enthaltene Ablehnung jeder Eroberungspolitik und viel mehr noch die nachdrücklich erhobene Forderung voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung für alle auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens löste den Zorn der Konservativen aus, deren Redner, Graf Westarp, sich mit der ihm eigenen Laßlosigkeit dabei in der Form derart vergriff, daß er sich eine derbe Abfuhr vom national-liberalen Schiffer holte, einem Redner, der in der Frage der Erwerbung eroberter Länder ihm übrigens sehr nahesteht.

Zu erwähnen ist, daß sich Scheidemann ein Verdienst durch eine sehr eingehende Kritik an den zum Teil abenteuerlichen Tönen der Zensur erworb. Ueber Kriegswirtschaftsprägen, bei denen auch vieles gestreift wurde, das für uns Gewerkschafter von besonderer Wichtigkeit ist, ließen sich Sache und Bummel aus, indem sie beide die Sorge für die richtigen ökonomischen und sozialpolitischen Grundlagen einer siegreichen Kriegsführung zum Ausgangspunkt ihrer Darlegungen machten. Weit entfernt, das, was an sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen von der Regierung und anderen Körperschaften bisher geleistet worden ist, zu verfeinern, kamen doch beide Redner zu dem Schluß, daß viel mehr hätte geschehen müssen, das vieles, was geschehen ist, zu spät gemacht wurde. Es ist einmal so: die wirtschaftliche Klüftung auf dem Krieg kann der militärischen nicht das Wasser reichen. Uns hat ein sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Generalstab gefehlt. Man hat unvorbereitet gehandelt, wo man nach sorgfältigen Vorbereitungen planmäßig hätte arbeiten müssen, man hat sich mit halben Maßnahmen begnügt, wo der eiserne Griff einer festen Hand nötig gewesen wäre. Unberechtigten Rücksichten auf kapitalistische Zwecke haben oftmals die besten Absichten zu Schanden werden lassen, und besonders Schaden hat der Widerstreit der verschiedenen Abteilungen gestiftet. Wir alle hoffen, daß uns die schwere Prüfung eines neuen Krieges erspart bleiben möge. Aber doch wird man die kommende Zeit des Friedens nützen müssen, um gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft- und Sozialpolitik eine andere Klüftung für unser Volk zu schaffen, als wir bis jetzt gehabt haben.

Der Reichstag hat sich bis zum 10. August vertagt.

**Nachträge aus dem Reichstag in Paris.**

Die Humanität vom 25. Mai 1915 bringt mit sichlichem Gehagen folgendes:

„Die Reichsdeutsche Metallarbeiter gegen die Mehrheit. Die Anforderungen der Regierung können doch nicht die Opposition ersticken. Dies sieht man mit jedem Tage klarer. Nichts ist charakteristischer in dieser Hinsicht als die Strömungen in verschiedenen Gewerkschaften, deren Leitungen fast ohne Ausnahme zur Mehrheit gehören. Es ist von unten, woher die Protestationen kommen. Eine große Ortsgruppe des Metallarbeiter-Verbandes, die von Neumeyer, hat eine Entschlüsselung angenommen, in die der energischste Weise die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung verurteilt, deren Geist vollständig majoritär ist. Andere Ortsgruppen desselben Verbandes haben bereits ähnliche Entschlüsselungen angenommen und man kann deshalb interessante Diskussionen auf der Generalversammlung der Metallarbeiter erwarten, die nächsten in Berlin stattfinden.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die Reichsdeutsche Kollegen, die am 18. April den Beschluß gegen die Metallarbeiter-Zeitung faßten, auf diesen Nachtrag in Paris stolz sein werden. Man sieht aber, wie leicht es heute ist, im Ausland Anerkennung zu ernten.

**Ein Unternehmerrrat für Eisenbahnen.**

Die Bergwerks-Zeitung schreibt in Nummer 113 vom 16. Mai:

„Wenn das Bund- und Spät 150 M kostet, so soll in einer Arbeiterfamilie der Ausgleich nicht ausschließlich dadurch herbeigeführt werden, daß die Frau die Stühle kleiner schneidet — obgleich wir uns ja alle einschränken müssen —, denn das hat schließlich ein Ende, und wir müssen unsere Bevölkerung unter allen Umständen kräftig und gesund erhalten; es muß vielmehr ernstlich danach getrachtet werden, die Einnahmen zu erhöhen. Das die Arbeit teurer wird, wenn der Preis aller übrigen Dinge in die Höhe geht, ist selbstverständlich. Die Privatindustrie im Kohlenbergbau hat sich dieser Notwendigkeit aber keineswegs verschlossen. Die Lohnstatistik zeigt, daß sie schon in den letzten Monaten des Vorjahres der allgemeinen Bewegung gefolgt ist und die bald zu erwartende Aufhebung für das erste Vierteljahr 1915 wird zeigen, daß die Löhne noch aufsteigen werden. So wird können sie natürlich nicht steigen, denn unter diesen haben alle zu leiden und jeder muß sein Teil tragen. Aber eine angemessene Steigerung ist gerechtfertigt, und wenn die Statistik zeigen sollte, daß eine solche noch nicht eingetreten ist, dann muß nachgeholfen werden.“

Zu Anfuß davon weiß die Bergarbeiter-Zeitung (Nr. 22) nach, daß die Erhöhung der Löhne im Bergbau durchaus nicht so allgemein ist, wie man nach der Bergwerks-Zeitung annehmen sollte. In anderen Bezirken wird sich das Gegenteil feststellen lassen.

**Kriegsgericht oder Gewerbegericht zulässig?**

Unter dieser Ueberschrift brachte das Kölleche Volksblatt am 27. Mai folgendes:

„Ein eigenartiger Vorfall, der wohl bis jetzt noch kein deutsches Kriegsgericht beschäftigt haben dürfte, fand vor dem Kriegsgericht der Landwehrbrigade in Halle zur Verhandlung an. Der Fall dürfte geeignet sein, die Aufmerksamkeit weitesther zu ziehen, da es sich hier um eine überaus wichtige Frage von prinzipieller Bedeutung handelt, die vielleicht das Parlament beschäftigen dürfte. Der Ehefrau Walter Hund aus Weipertitz sollte sich, als dort Arbeiterangehöriger gefangen worden, mit auf dem Rückwege gemeldet und erfragt, daß der Lagerlohn 4 M betrage, außerdem wurde das halbe Eisen gelohnt. Der sechs Wochen anhaltende, dem sollte die fünfjährige vergütet und außerdem die Mühseligkeit bezahlt werden. Daraufhin ging J. nach Lohr, wo er bei der Festungsbesatzung verweilend wurde. J. glaubte, wie wohl jeder annehmen muß, daß er in demselben gewöhnlichen Arbeitsverhältnis zum Militärstandes kam, wie zu jedem Privatunternehmer, da er ja weder ein eingezogenes noch freiwillig zum Heere gegangener Arbeitssoldat war, die notwendig werden und als Militärpersonen gelten. J. wurde auch nicht verurteilt, sondern nur einer Arbeitskolonne zugewiesen. Doch es sollte anders, als er annehmen konnte. Für seine Frau, von der er seit fünf Jahren getrennt lebt, wurden 10 M wöchentlich abgezogen, wogegen er protestierte. Es wurde ihm aber erklärt, daß das die Vorschrift sei. J. will hierauf gekündigt haben, und es soll ihm erklärt werden, daß er, wenn er das tut, innerhalb von vier Wochen zu gehen, für sein eigenes Geld sorgen müsse. J. hat dann wirklich am nächsten Tage zum Heere, wurde aber verhaftet, und wegen unzulässiger Entfernung aus der Truppe vor Gericht gestellt.“

Zu seiner Entlassung nahm das Gericht dann an, daß J. auf längere Zeit eingezogen gewesen sei, da er Lagerlohn erhielt. Er hätte sich deshalb nur auf einen Tag entziehen und erhielt drei Wochen Militärarrest, die durch die 53 Tage Unterdrückungslohn für verlohren erklärt wurden.“

**Gewerkschaftliches.**

**Kupferschmiede.** Der Vorstand des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands veröffentlicht in Nummer 16 des Verbandsblattes den Monatsberichtsbericht über das 29. Geschäftsjahr. Danach begann das vorige Jahr mit einer ungünstigen Geschäftslage, die viele Mitglieder zur Arbeitslosigkeit zwang. Im Verlauf des ersten Drittels hob das Geschäft sich, besonders in den Sechstädten, wo ein großer Teil der Arbeitslosen im Schiffbau Beschäftigung fand. Am Ende des zweiten Vierteljahres hatte die Zahl der Arbeitslosen wieder ihren gewöhnlichen Stand erreicht. Auch hatte die Zahl der Mitglieder sich um 170 vermehrt und war auf 5507 gestiegen, die höchste Mitgliederzahl, die der Verband je erreicht hat. Auch im Juli dauerte die günstige Entwicklung noch an. Dann aber machte der Ausbruch des Krieges allen Hoffnungen ein Ende. Eine große Arbeitslosigkeit setzte ein und manches Mitglied behielt zwar Arbeit, mußte aber in verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Der Bericht sagt darüber: „Zwar hat bisher bedauerliche, niederdrückende Zustand nicht lange vorgehalten, aber selbst die kurze Zeit der eintretenden Angstperiode genügte vollständig, um zu zeigen, daß ein großer Teil unserer Unternehmer keineswegs gegenüber außergewöhnlichen Vorkommnissen die Mähe bewahrt und auch Ueberraschungen gegenüber gemächten war.“ Infolge der vielen und großen Aufträge für den Heeresbedarf verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen jedoch bald wieder und die Nachfrage nach Kupferschmieden stieg so sehr, daß Betriebe selbst in früherer Arbeit nahmen, die früher nicht einmal Arbeiter über 40 Jahre haben wollten. Infolgedessen hat der Vorstand keine besonderen Vorkehrungen treffen müssen, um des Verbandsvermögen zu schonen. Zur Unterstützung der Kriegerfamilien sammelte der Verband ebenfalls freiwillige Beiträge. Zur Bestreitung der ersten Ausgaben vor den auf diese Weise eingehenden Geldern stellte der Vorstand 10 000 M zur Verfügung. In den ersten fünf Monaten wurden für den genannten Zweck 43 316 M ausgegeben. Von diesen gingen 39 368,16 M durch die Sammlungen ein. Den Selbstbetrag deckte die Hauptkassa. Die Frauen der Kriegsteilnehmer erhielten 9 M wöchentlich, jedes Kind bis zum Alter von 15 Jahren 2 M. (Vom Februar 1915 an mußten die Säuge für die Frauen um ein Drittel, für die Kinder um ein Viertel herabgesetzt werden.) Die Mitgliederzahl betrug bei Beginn des Jahres 5337, sie stieg, wie schon erwähnt, am Ende des zweiten Vierteljahres auf 5507 und fiel bis zum Ende des Jahres auf 3750. 1851 Mitglieder waren zum Kriegsdienst einberufen. Gestorben waren 37. Ferner gibt der Bericht an anderer Stelle noch an, daß 592 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. In Nordenham wurde eine neue Verwaltungstelle gegründet; in Wismar und Kleinritz wurden die Verwaltungstellen aufgelöst. Damit ging deren Zahl zurück auf 102. Während der ersten 7 Monate fanden in 12 Orten 13 Lohnbewegungen statt, die sich auf 33 Betriebe mit 377 Beschäftigten erstreckten, von denen sich 294 beteiligten. Ohne Arbeitseinstellung konnten erledigt werden 9 Bewegungen an 8 Orten mit 299 Beschäftigten und 250 Beteiligten. 4 Bewegungen in 4 Orten mit 78 Beschäftigten und 44 Verbandsmitgliedern führten zur Arbeitseinstellung. 6 Bewegungen mit 156 Beteiligten waren erfolgreich, 4 mit 92 Beteiligten teilweise erfolgreich und 3 mit 46 Beteiligten erfolglos. Die Gesamtausgaben für die Bewegungen betragen 10 525 M, die Verluste der Beteiligten 2884 Arbeitstage und 20 516 M Lohnausfall. Von den Bewegungen mit Arbeitseinstellung waren 2 Angriffserlöse mit 14 Beschäftigten und 5 silitigen Personen, 1 Abwehrerlöse mit 48 Beschäftigten und 14 beteiligten Personen und 1 Ausparierung mit 16 Beschäftigten und beteiligten Personen. 5 Lärze wurden neu abgeschlossen oder erneuert. Sie erstreckten sich auf 23 Betriebe mit 63 Verbandsmitgliedern. Die Gesamteinnahme betrug 15 268,16 M (1915 176 416,87), die Gesamtausgabe 136 278,47 M (1915 397,71). 1913 waren die Ausgaben infolge des Bestärkererlöses besonders hoch. Die regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben verringerten sich um 19 288,20 M, während die Einnahmen 26 148 M zurückgingen. Die Ausgaben betragen für Reiseunterstützung 7360,23 M (13 090,50), Arbeitsunterstützung 26 329,75 M (29 288,15), Ständenunterstützung 29 441,25 M (29 930,70). Dazu bemerkt der Bericht: „... mithin nur 449,45 M weniger im Jahre 1914, obwohl die Mitgliederzahl vom achten Monat ab im Berichtsquartal um minderbekannt den vierten Teil und vom zehnten Monat sogar um den dritten Teil zurückgegangen war. Auch dieser Jahresbericht bestätigt wie alle früheren, solange dieser Unterstützungszweige eingeleitet ist, daß alle diese Ausgaben in ständigem Steigen begriffen sind, beidem es keinen Halt gibt, wenn nicht die gesamte Basis dieser Unterstützungseinrichtung eine einschneidende Veränderung erfährt. Noch in keinem Jahresbericht ist diese Tatsache so auffallend in die Erscheinung getreten wie gerade jetzt im Berichtsjahre.“ Ferner wurden ausgegeben für Streife 6282,43 M (48 069,60), Gemagazette 388,64 M (422,67), Invaliden 786 M (908,33), Umzugsunterstützung 1039,50 M (1466,75). Das Vermögen des Verbandes nahm um 13 989,69 M zu.

**Gelbe Kriegsagung.**

Mitte Mai hat, wie jetzt bekannt wird, in aller Stille in Berlin die Jahresagung des „Centralausschusses nationaler“ Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands stattgefunden. Dem recht kammersüchtigen Bericht, der über diese Tagung in gelben Werkzeugschriften erschienen ist, entnehmen wir, daß die Eröffnungen von Herrn General v. Loebell begrüßt wurden. Die gelben Führer Geuer, Prodnaw und Biskrowski waren in selbigen Uniformen erschienen; sie waren für die Tagung besonders beurlaubt worden. Zum Mai 1914 haben die Gelben in ihren Reihen 29 000 Mitglieder gezählt, von denen jetzt über ein Drittel im Gelbe steht. An der internationalen Ausstellung für Kunstgewerbe und Graphik in Leipzig konnte sich der Centralausschuss mit 18 eigenen Zeitungen seiner Bewegung beteiligen. Kupp bewährte in seinem Bericht das Vorgehen der Kampforganisationen auf sozialpolitischem Gebiet während der Kriegszeit. Er kam dabei auf die Stellung der Gewerkschaften zum Arbeitsnachweiswesen, zur gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, zu den Einigungsämtern im Vergleich, zu der Aufhebung der Vereinigungsbeschränkungen der landwirtschaftlichen und handlichen Arbeiter, zur Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, zur Anerkennung der unabhängigen Berufsvereine als gegebene Vertretung der Arbeiterklassen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu den Behörden und der Regierung zu sprechen und erläuterte den Standpunkt der wirtschaftsfernen Arbeiterbewegung zu diesen Fragen. Offizielle Mitteilungen über diese Verhandlungen verheben sich im Zeichen des Burgfriedens von selbst. Auch mit der Lenkung beschäftigten sich die Gelben.

Es ist sehr bemerkenswert, daß die gelben Organisationen es ablehnen, ihre Stellungnahme zu den sozialpolitischen Maßnahmen während und nach dem Kriege vor aller Öffentlichkeit festzusetzen. Offizielle Mitteilungen hierüber verheben sich im Zeichen des Burgfriedens!! Hat man Forderungen aufgestellt, die die Unternehmung argen können? Das ist nicht anzunehmen. Nach dieser Richtung ist keine Störung des Burgfriedens zu erwarten, aber im jetzigen Verlauf der Verhandlungen wurde ausgesprochen, daß die gelben Verbände es ablehnen, „auf sozialen Gebiete in ein Wettrennen mit den Gewerkschaften einzutreten“. Das ist deutlich genug. Was die Gewerkschaften verlangen auf sozialen Gebieten, sind Gemeinnützige oder Organisationen in Deutschland, die an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung für die Arbeiter arbeiten. Das gemeinsame Handeln der Gewerkschaften aller Stützungen, die Unterstützung der Forderungen durch weite bürgerliche Kreise, durch bürgerliche Sozialpolitiker, Volkswirtschaftler und Parteien und schließlich auch die noch weniger Seite hin gemachten Jugenderwähnungen und Anerkennungen der Regierungen zeigen uns, daß es sich um Handlungen handelt, die des „Hauptkampfzeichens“, wie die Gelben so schön sagen, entbehren. Es handelt sich einfach um notwendige Maßnahmen und soweit sie sich zur Durchführung gelangt sind, hat sich die Segen für die Arbeiter und ihre Familien genügend gezeigt. Da erweisen wir die Arbeitslosenversicherung durch Erstat. Gewerkschaften und Gewerkschaften. Dennoch, die Gelben lehnen das „Wettrennen“ mit der Arbeiterorganisation ab; was sie bisher gelernt haben, kann man in ihrer Presse nachlesen, wo in allen den genannten Fragen ein geschlagener Artikel gegen die Gewerkschaften und

ihre Forderungen den andern ablöste. Tr. des Burgfriedens! Hier haben sich die Gelben um diesen Punkt geübt, wie er in Schatzmachereien zur sozialen Gesetzgebung zu Hause ist. Die gelbe Bewegung sieht uns also nicht einmal vor, wenn sie über die Medien und Beschlüsse in Berlin schweigt. Denn der Friede da sein wird und die Arbeiter von den Schatzmachern heimkehren, werden wir ihnen an der Hand von Latzkanen zeigen, wie ihre Sache von den gelben Verbänden vertreten worden ist. Was diese dann dabei ernten, darüber bestehen bei uns keine Zweifel.

**Vom Ausland.**

**Ungarn.**

In Ungarn herrscht der Gebrauch, daß die Unternehmer, die Aufträge der Heeresverwaltung erhalten haben, ihre Betriebe unter die Aufsicht der Heeresbehörde stellen. Diese beabsichtigt damit, den Betrieb vor Störungen zu sichern; die Unternehmer aber mißbrauchen die Maßnahmen, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Arbeiter sich Lohnkürzungen usw. nicht gefallen lassen und nimmt er deswegen seine Entlassung, so wird er durch Soldaten zwangsweise zur Arbeit zurückgekehrt. Auch kommt es vor, daß Arbeiter ins Gefängnis geworfen werden. Das Verbandsblatt des Zentralverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns hat schon wiederholt von solchen Maßnahmen berichtet. Der Verbandsvorstand hat deswegen schon früher an das Generalministerium eine Denkschrift gerichtet, die aber ohne Erfolg blieb. Als die Zustände aber noch schlimmer wurden, richtete der Vorstand eine zweite Eingabe ans Ministerium. Diese wird in Nummer 12 des Verbandsblattes vom 27. Mai im Wortlaut veröffentlicht. Sie weist zunächst auf den glänzenden Verdienst hin, den die Unternehmer aus den Heereslieferungen erzielen. Trostlos erniedrigen viele Unternehmer die Löhne im Widerspruch mit einer vom Ministerium erlassenen Verordnung. Die Eingabe führt sieben größere Unternehmungen mit Namen an, wo dies geschieht und fügt Beispiele hinzu. Von diesen seien hier nur folgende erwähnt:

Die Firma Langfelder in Budapest zahlte zwei Arbeitern, die ihr aus anderen Betrieben zwangsweise zugeführt worden waren, nur je 50 Heller Stundenlohn, obgleich die beiden bei ihren früheren Unternehmungen 80 Heller und 1 Krone erhalten hatten. Andere Arbeiter erhielten wesentlich niedrigere Löhne ausbezahlt, als die Firma bei der Einstellung zugesichert hatte. Als einer der Arbeiter seinen verprochenen Lohn verlangte, wurde er eingesperrt. Bei der Schlichtung R. H. O. gab es vor dem Kriege für eine Sorte Kleinmetalle 5 Kronen für das Stück; jetzt werden für vier Stück im ganzen 9 Kronen verrechnet. In der ungarischen Maschinenfabrik machten die Forner Gratanten für einen Tagelohn von 7 Kronen. Dann sollten sie diese für 10 Heller das Stück im Accord machen, mit der Aufgabe, täglich 60 Stück anzufertigen. Als die Arbeiter nun auf den Verdienstausfall hinwiesen, drohte der Direktor vor dem Fabrikkommandanten (Offizier) ihnen mit Freiheitsstrafen. In der ersten Loschoner Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik verurteilte der als Fabrikkommandant waltende Oberleutnant beschwerdeführenden Arbeitern, daß er alle, die es wagen, über das Vorgehen der Fabrikdirektion zu klagen, einsperren und „ausbinden“ lassen werde. In der Maghazóvári Munitionsfabrik beträgt der Durchschnittsverdienst 26 bis 32 Heller die Stunde. Ereignisse der letzten Zeit, daß ein Arbeiter im Accord in 14 Tagen bei 168stündiger Arbeitszeit 70 Kronen verdient, so erhält er nur 60 ausbezahlt. Ferner geschieht es nicht selten, daß Unternehmer die Entlohnung der Arbeiter über die Behandlung, die Strafen. Von diesen führt die Eingabe nur einige der schlimmsten Fälle an. Es wurden Arbeiter ins Gefängnis gesteckt, nur weil sie gewagt hatten, sich zu beschweren. Auch von Verschärfung des Gefängnisses durch Fellen, Krummstücken und Ausbinden ist die Rede.

Die Eingabe weist darauf hin, daß auch schon früher die Lage der Arbeiter in Ungarn und in Oesterreich bedeutend besser gewesen ist als in Ungarn. Auch verweist sie auf die in Frage kommenden Verordnungen der Heeresverwaltung in den beiden andern Ländern. Der Erlaß des ungarischen Ministeriums, daß die vorhandenen Arbeitsbedingungen nicht verschlimmert werden sollten, könne selbst dann, wenn man ihn durchführen wollte, keinen Schutz bieten. Ein großer Teil der Arbeiter verrichte Arbeit, auf die die Unternehmer ihren Betrieb erst während des Betriebes einrichteten. Mithin kämen bei diesen Arbeiter alte Arbeitsbedingungen überhaupt nicht in Betracht. Der Vorstand ersucht darum das Ministerium, die Unternehmer zu zwingen, anständige Löhne zu zahlen. Streitigkeiten solle eine Kommission schlichten, die aus Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften besteht mit einer Militärperson als Vorsitzenden. Ferner sollen die Heereslieferanten verpflichtet werden, Mindestlohn auszugeben, in denen die Preise vermerkt sind. Sodann ersucht der Vorstand um strenge Anweisung, die Heeresarbeit entsprechend zu bezahlen. Auch sollen die Arbeiter bei Betriebsstörungen Schadlos gehalten werden. Weiter solle der Arbeiter seine Entlassung nehmen dürfen und die erwähnte Kommission solle schleunigst entscheiden, ob er dazu berechtigt gewesen sei. Die Militärbehörde solle die Strafen nicht lediglich auf Grund der Angaben von Unternehmer verhängen, ohne daß die Arbeiter auch nur gehört werden. Die Fabrikkommandanten müßten stärker beaufschlagt werden und die Arbeiter müßten Gelegenheit erhalten, Klagen über sie vorzubringen. Die Eingabe schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Minister der ungarischen Arbeiterschaft denselben Schutz bieten werde, welchen die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs den Arbeitern im Deutschen Reich und in Oesterreich zuteil werden lassen“.

**Verbands-Anzeigen.**

- Montag, 21. Juni: Nürnberg (Kunst-, Bau- u. Konstruktionsarbeiter), Verbandsgebäude, 8. Samstag, 26. Juni: Dresden. (Geizungsmont.) Volkshaus, Kleiner Saal, halb 9 Uhr.
- Dienstag, 22. Juni: Hamburg-Altona-Str. (Fellenarbeiter), Baule, Kle Köhlhöfen und Neustädter Straße, 8 Uhr.
- Mittwoch, 23. Juni: Hannover (Mechaniker), Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
- Donnerstag, 24. Juni: Apolda. Sonntags, halb 9 Uhr. Bismarck. Deutsches Haus, halb 9 Uhr. Göttingen. Goldener Engel, halb 9 Uhr. Wehring. Schaffstädt. Müllers, 9 Uhr. Bismarck. Alter Schützenhof, halb 9 Uhr. Wehring. Volkshaus, halb 9 Uhr.
- Freitag, 25. Juni: Wehring. Volkshaus, halbes.
- Freitag, 26. Juni: Dresden (Elektronen). Samstag, 27. Juni, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.
- Freitag, 26. Juni: Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl. Darmen-Eberfeld. Die Geschäftsräume sind nur vormittags von 10½ bis 12½ Uhr geöffnet, außerdem Freitag von 7 bis 8 Uhr abends. Reinegel nur vormittags.

**Sonstige Anzeigen.**

- Gesucht auf sofort mehrere (2551) Maschinenbauer u. Schleifer. Nachschreibefabrik, Westmünde.
- Wichtige Schlosser, Schmiede u. Eisenarbeiter bei hohem Lohn für u. Schaffstädt, G. m. b. H., Göttingen. (100)
- Wagenfabrik im Rheinland sucht (100) sofort tüchtige Führerwagen bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung. Düsseldorf. Wagen- u. Maschinenfabrik, G. Schmitt & Comp., G. m. b. H., Düsseldorf.
- Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.